



Vergabe Nr. 176/2026

Vergabeunterlagen

„Umladung, Übernahme, Transport und Verwertung von Abfällen
aus dem Landkreis Waldeck-Frankenberg“

Korbach, Juni 2026



INHALT

BLOCK A - VERGABEVERFAHREN

1	ALLGEMEINE ANGABEN ZUM VERGABEVERFAHREN	4
1.1	Auftraggeber	4
1.2	Gegenstand der Vergabe	4
1.3	Leistungsumfang und Losteilung	4
1.4	Anwendbares Recht	4
1.5	Bezeichnungen und personenbezogene Daten	4
1.6	Vergabekammer und Nachprüfungsverfahren	5
2	VERFAHRENSART UND -ABLAUF.....	5
2.1	Kommunikation.....	5
2.1.1	E-Vergabe	5
2.1.2	Aufklärungsfragen und Verfahrensrügen	6
2.2	Verfahrensart	6
2.3	Verfahrensablauf	6
2.3.1	Einreichungstermin	6
2.3.2	Bindefrist	6
2.3.3	Mitteilung über das Ausschreibungsergebnis	6
2.4	Bewerbungsbedingungen	6
2.4.1	Form und Umfang des Angebotes	6
2.4.2	Änderungen, Ergänzungen und Rücknahme von Angeboten	7
2.4.3	Preisblätter	8
2.4.4	Urkalkulation	8
2.4.5	Weitervergabe an Unterauftragnehmer	8
3	WERTUNG	8
3.1	Formale Prüfung der Angebote	8
3.2	Zuschlagskriterien	8
3.3	Eignung	10
3.3.1	Angaben zur Eignung	10
3.3.2	Eignungslleihe.....	10
3.3.3	Bietergemeinschaft.....	10
3.3.4	Unterlagen und Nachweise, die auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vom Zuschlagsprätendenten vorgelegt werden müssen (Nachreichung)	11



ANLAGEN ZU BLOCK A

- Anlage 1: Eigenerklärungen zur Eignung
- Anlage 1.1: Angaben zu Referenzen
- Anlage 1.2: Musterformulare zu Eigenerklärungen
- Anlage 1.2 a: Muster „Bietergemeinschaft“
- Anlage 1.2 b: Verpflichtungserklärung nach HVTG
- Anlage 1.2 c: Muster „Eignungsleihe“
- Anlage 1.2 d: Erklärung zur Anlagen- oder Kapazitätsverfügbarkeit
- Anlage 1.3: Erklärung Russlandbezug
- Anlage 2: Angebotseinreichungsformular
- Anlage 3: Datenschutzinformation im Vergabeverfahren

BLOCK B - VERTRAGSUNTERLAGEN

VERTRÄGE IN BLOCK B

- Vertrag zu Los 1: Vertrag zur Übernahme und Verwertung von Restabfall
- Vertrag zu Los 2: Vertrag zur Annahme und Umladung von Restabfällen
- Vertrag zu Los 3: Vertrag zum Nachtransport von Bioabfällen

ANLAGEN ZU BLOCK B

- Anlage 1: Preisblatt
- Anlage 2: Besondere Vertragsbedingungen HVTG
- Anlage 3: Bürgschaftsurkunde
- Anlage 4: Allgemeine Rahmenbedingungen zur Leistungserbringung
- Anlage 5: Abfallentsorgungssatzung

BLOCK A – Vergabeverfahren

1 Allgemeine Angaben zum Vergabeverfahren

1.1 Auftraggeber

Landkreis Waldeck-Frankenberg
- Der Kreisausschuss -
Südring 2
34497 Korbach

im Folgenden mit **AG** bezeichnet.

1.2 Gegenstand der Vergabe

Der AG beabsichtigt, die in den nachfolgenden Vergabeunterlagen genau bezeichneten Leistungen zur

**Umladung, Übernahme, Transport und Verwertung von Abfällen
aus dem Landkreis Waldeck-Frankenberg**

nach Maßgabe der in den gesamten Vergabeunterlagen ausgeführten Bedingungen zu vergeben.

1.3 Leistungsumfang und Losteilung

Der ausgeschriebene Leistungsgegenstand beinhaltet sämtliche in den Vergabeunterlagen näher beschriebenen Leistungen. Die ausgeschriebenen Leistungen sind gem. § 97 Abs. 4 GWB in 3 Fachlose aufgeteilt:

Lfd. Nr.	Bezeichnung/Beschreibung
LOS 1	Übernahme und Verwertung von Restabfall
LOS 2	Annahme und Umladung von Restabfällen
LOS 3	Nachtransport von Bioabfällen

Angebote können für ein Los oder für mehrere Lose abgegeben werden. Die Lose werden einzeln und unabhängig voneinander vergeben.

Die Leistungen werden auf die Dauer von fünf Jahren ab dem 01.07.2027 vergeben. Der AG kann durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem AN, die bis 3 Monate vor Vertragsende zugegangen sein muss, den Vertrag zweimalig jeweils um ein weiteres Jahr zu unveränderten Bedingungen verlängern (Verlängerungsoption). Die Beauftragung endet somit spätestens zum 30.06.2034.

1.4 Anwendbares Recht

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

1.5 Bezeichnungen und personenbezogene Daten

Bei den in diesen Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter.

Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, sind in diesen Vergabeunterlagen mit „Bieter“ und/oder „AN“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bietergemeinschaften gemeint.

Mit Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich die Bieter damit einverstanden, dass die übermittelten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden. Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) können der Anlage 3 entnommen werden.

1.6 Vergabekammer und Nachprüfungsverfahren

Die zuständige Vergabekammer ist beim Regierungspräsidium Darmstadt, Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt ansässig.

Zur Prüfung des Vergabeverfahrens im Hinblick auf das Vorliegen von Vergaberechtsverstößen können die Bieter einen Nachprüfungsantrag bei der vorgenannten Vergabekammer stellen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein solcher Antrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) nur zulässig ist, soweit der Bieter:

- den Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zur Angebotsabgabe gerügt hat.

Darüber hinaus muss der Nachprüfungsantrag nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des AG, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, eingereicht werden. Anderenfalls ist dieser verspätet und somit unzulässig.

2 Verfahrensart und -ablauf

2.1 Kommunikation

Die Bieter haben die Möglichkeit sich vor Angebotsabgabe persönlich ein Bild von den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort zu machen. Hierzu ist eine vorherige Terminabsprache mit dem Auftraggeber erforderlich (Jannick Funke, Telefon: +49 5631 954-1745, E-Mail: jannick.funke@lkwaflb.de). Die Ortsbesichtigung ist nicht zwingende Voraussetzung für die Abgabe eines Angebots.

2.1.1 E-Vergabe

Die Vergabeunterlagen werden den Bietern auf der Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ im Sinne von § 41 Abs. 1 Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) ohne Registrierung und kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Über etwaige **Bieterinformationen** (insbesondere Änderungen an den Vergabeunterlagen) werden die Bieter ausschließlich auf elektronischem Wege informiert. Der Erhalt derartiger Bieterinformationen setzt eine Registrierung bei der Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ voraus.

Nur durch die Registrierung können Sie sicherstellen, dass Sie von nachträglichen Änderungen der Vergabeunterlagen Kenntnis erlangen. Wir empfehlen Ihnen daher dringend, sofern noch nicht geschehen, sich bei der Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ zu registrieren.



Die Registrierung ist kostenlos und kann unter Deutsches Vergabeportal (DTVP) <https://www.dtv.de/preisliste-editionen-für-bieter> durchgeführt werden. Unterstützung bei Problemen mit der Vergabeplattform erhalten Sie von den Mitarbeitern der cosinex GmbH:

<http://support.cosinex.de>: E-Mail: support@cosinex.de

2.1.2 Aufklärungsfragen und Verfahrensrügen

Aufklärungsfragen und Verfahrensrügen im Rahmen des Vergabeverfahrens sind ausschließlich elektronisch über die Funktion der Bieterkommunikation der Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ an die Vergabestelle zu richten. Anfragen über sonstige Kommunikationsmittel (z. B. Telefon) werden nicht bearbeitet!

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, hat der Bieter den AG darauf unverzüglich hinzuweisen.

Aufklärungsfragen und Verfahrensrügen müssen der Vergabestelle spätestens 9 Tage vor dem Einreichungstermin vorliegen, damit der AG die sich aus § 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV ergebende Frist einhalten kann.

2.2 Verfahrensart

Der AG schreibt die Leistungen im Offenen Verfahren gemäß § 15 Abs. 1 VgV, in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung im EU-Amtsblatt geltenden Fassung, aus.

2.3 Verfahrensablauf

2.3.1 Einreichungstermin

Die Angebote sind bis zum **20.07.2026 um 10:00 Uhr** einzureichen.

Verspätet abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt, es sei denn, die Verspätung ist vom Bieter nicht zu vertreten.

2.3.2 Bindefrist

Die Bindefrist endet am **30.09.2026**. Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

2.3.3 Mitteilung über das Ausschreibungsergebnis

Die Beteiligten des Vergabeverfahrens unterliegen mit der Abgabe eines Angebotes den Bestimmungen der §§ 62 VgV und 134 Abs. 1 GWB über nicht berücksichtigte Angebote.

Mit der Abgabe des Angebotes erklärt sich jeder Bieter damit einverstanden, dass nicht berücksichtigten Bietern der Name des erfolgreichen Bieters mitgeteilt wird.

2.4 Bewerbungsbedingungen

2.4.1 Form und Umfang des Angebotes

Angebote sind bis zum Ende der Einreichungsfrist ausschließlich **elektronisch** (in Textform) über die Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ einzureichen. Zur Einreichung elektronischer Angebote in Textform ist in Block A Anlage 2 (Angebotseinreichungsformular) als **Erklärender**, derjenige einzutragen, der das Angebot einreicht.

Die elektronische Einreichung von Angeboten in anderer Form als über die Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ – z. B. per E-Mail – erfüllen nicht die formellen Anforderungen des Verfahrens und sind daher unzulässig. Dennoch auf diese Weise eingereichte Angebote müssen vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Das Angebot sowie die spätere Korrespondenz sind in **deutscher Sprache** abzufassen.


Der Aufwand für die Erstellung des Angebots wird nicht erstattet. Dies gilt auch für den Fall einer rechtmäßigen Aufhebung der Ausschreibung.

Der Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Angebotes, die ein Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens von seiner Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z. B. andere Bieter) ausgehen.

Wir stellen Ihnen insbesondere die in Block A enthaltenen **Formulare**, die Sie ausfüllen und wieder über die Vergabeplattform zurücksenden (hochladen) müssen, im pdf-Format (*.pdf) größtenteils mit freigegebenen Textfeldern bzw. Zellen, die auszufüllen sind, zur Verfügung. Folgendes ist hierbei zu beachten:

- Bitte vermeiden Sie ein Umbenennen der Dokumente, insbesondere der Endungen wie z. B. pdf. Dies kann u.U. zur Unlesbarkeit der Dateien nach dem Hochladen und damit zur Ungültigkeit des Angebotes führen.
- Bitte verschlüsseln oder schützen Sie die Dateien nicht nochmals. Die Vergabestelle bekommt erst zum Submissionstermin eine Freigabe zum Download, der durch Zeitschloss gesicherten Angebote. Beim Download werden die Dateien in ein unveränderbares Format verschlüsselt, was eine Änderung an Ihren Eintragungen ausschließt.
- Bitte die Formulare möglichst nicht ausdrucken, einscannen und dann wieder hochladen, dies vergrößert die Datenmenge und kann zu Problemen beim Upload führen.

Gemäß § 53 Abs. 7 Satz 2 VgV ist es die Pflicht des Bewerbers bzw. Bieters für die Vollständigkeit der Angebotsunterlagen zu sorgen. Dies schließt Leserlichkeit, richtige Kennzeichnung und Zuordnung sowie das problemlose Öffnen durch die Vergabestelle mit ein.

 **Technische Probleme beim Hochladen des Angebotes** auf die Vergabeplattform, die zu einer Verspätung der Angebotseinreichung führen, können u.U. zulasten des Bieters gehen. Es wird daher dringend empfohlen, Angebote frühzeitig hochzuladen und technische Fragen zur Vergabeplattform vorab zu klären!

Bei technischen Problemen oder Fragen zur elektronischen Einreichung eines Angebots, wenden Sie sich jederzeit gerne an die Mitarbeiter der cosinex GmbH:

- Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (DTVP) Supportanfrage:
<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

2.4.2 Änderungen, Ergänzungen und Rücknahme von Angeboten

Bis zum Einreichungstermin können Änderungen bzw. Berichtigungen des bereits abgegebenen Angebotes in entsprechender Form wie das Angebot eingereicht werden. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein; nicht eindeutige Änderungen führen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren. Die Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können Angebote elektronisch zurückgezogen werden. Danach ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.



2.4.3 Preisblätter

Die Preisangaben sind unter Verwendung der beigegeführten Preisblätter zu tätigen. Hierbei sind die aufgeführten Preiselemente einzeln und vollständig in der geforderten Form einzutragen. Angebote, für deren Wertung Preisangaben fehlen, werden ausgeschlossen.

Von dem Nachforderungsrecht für Preisangaben gemäß § 56 Abs. 3 Satz 2 VgV wird der AG keinen Gebrauch machen.

Die Preise sind in Euro und ohne Umsatzsteuer abzugeben. Sämtliche Preisangaben sind auf zwei Nachkommastellen zu beschränken. Der AN trägt das Preisrisiko hinsichtlich aller Umstände, die zwischen der Abgabe des Angebotes und dem Beginn der Vertragslaufzeit eintreten und in seiner Risikosphäre liegen, insbesondere hinsichtlich aller Umstände, die er bei Angebotsabgabe kannte oder hätte kennen müssen.

2.4.4 Urkalkulation

Sofern es zur Aufklärung von Fragen zum Angebot erforderlich ist, wird der AG vom Bieter eine Urkalkulation eingefordert. Die vertragliche Pflicht zur Übergabe einer Urkalkulation im Falle der Beauftragung bleibt hiervon unberührt.

Eine zu erbringende Urkalkulation muss den Anforderungen des deutschen Preisrechts entsprechen, insbesondere die VO PR 30/53 und die LSP (Leitsätze zur Ermittlung von Selbstkostenpreisen) ist zu berücksichtigen. Die Urkalkulation ist nach einzelnen Leistungsbestandteilen zu differenzieren.

2.4.5 Weitervergabe an Unterauftragnehmer

Der AN hat im Falle der Beauftragung von Unterauftragnehmern die Regeln über die Berücksichtigung mittelständischer Interessen (§ 97 Abs. 4 S. 4 GWB) einzuhalten.

3 Wertung

Es gelten die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen und den Vergabeunterlagen ergebenden Anforderungen an das Angebot und den Bieter.

3.1 Formale Prüfung der Angebote

Von dem Nachforderungsrecht gemäß § 56 Abs. 2 bis 4 VgV wird der AG Gebrauch machen, sofern dies nicht an anderer Stelle der Vergabeunterlagen (siehe Ziffer 2.4.3) ausgeschlossen ist.

Dazu wird der AG fehlende Erklärungen und Nachweise schriftlich bei den betroffenen Bietern anfordern. Die fehlenden Erklärungen und Nachweise sind dann innerhalb einer Frist von 7 Tagen vorzulegen. Erfolgt die Vorlage der fehlenden Erklärungen und Nachweise nicht oder nicht vollständig innerhalb dieser Frist, wird das betreffende Angebot ausgeschlossen.

Fehlende Erklärungen und Nachweise werden solchen gleichgestellt, die nicht die geforderte Aktualität aufweisen.

3.2 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag für **Los 1** wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt, wobei neben den Angebotspreisen auch Klimaschutzaspekte bei der Wertung der Angebote berücksichtigt werden.

Für die Wertung werden die prognostizierten Mengenangaben berücksichtigt, die in dem Preisblatt vorgedruckt sind.

Anschließend wird ein Preismalus ermittelt, der die Kosten des CO₂-Ausstosses hinsichtlich der Durchführung von Nachtransporten von der jeweiligen Übernahmestelle bis hin zu der/den durch den AN bedienten Verwertungsanlage/n bewertet (Umweltkosten).

Hier wird ein Umweltkostenfaktor in Höhe von 300,00 EURO je Mg CO₂-Emission veranschlagt. Basierend auf einer CO₂-Äquivalente von 0,118 kg CO₂/Mg km werden die Belastungskosten pro Tonne (Mg) und Kilometer (km) bezogen auf den einfachen Transportweg von der jeweiligen Übernahmestelle hin zu der/den Behandlungs- bzw. Verwertungsanlage/n errechnet und sodann mit der entsprechend im Angebot durch den Bieter bezogen auf die Anlage jeweils zugewiesenen Jahresmenge multipliziert.

Der Preismalus wird also nach nachfolgender Formel ermittelt:

$$\text{Preismalus} = \text{Mg} * \text{km} * \text{CO}_2\text{-Äquivalente}/1000 * \text{Umweltkostenfaktor}$$

Für die Ermittlung der Entfernungen der jeweiligen Übernahmestelle bis hin zu der/den durch den AN bedienten Verwertungsanlage/n, ist die genaue Adresse im Angebot zu benennen. Ebenso sind die Mengen zu benennen, die der AN plant der/den Anlage/n zuzuführen. Die Entfernungsbemessung erfolgt mittels <https://www.multiroute.de/> mit der Einstellung „LKW 12t“. Für die Wertung werden die prognostizierten Mengenangaben berücksichtigt, die in den Preisblättern vordruckt sind. Sollte der AN mehrere Verwertungsanlage bedienen, werden die jeweiligen Transportentfernungen je angegebene Tonnage je Verwertungsanlage ins Verhältnis gesetzt.

Das wirtschaftlichste Angebot ist jenes, welches nach Addition des Preismalus für die Kosten des CO₂-Ausstosses den niedrigsten Angebotspreis aufweist.

Zu Wertungszwecken wird der Zeitraum von einem Jahr betrachtet.

Bei Preisgleichheit von Angebotswertungspreisen werden die Transportkilometer zur Verwertungsanlage zur Entscheidung herangezogen. Der Bieter mit den wenigsten Transportkilometern zur Erstbehandlungsanlage (die wenigsten Transportkilometer im Mittel ggf. von den mehreren Verwertungsanlagen ins Verhältnis gesetzt) erhält den Zuschlag.

Der Zuschlag für das **Los 2** wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Unter mehreren gleich wirtschaftlichen Angeboten (identischer Angebotswertungspreis) entscheidet ein Losverfahren.

Das wirtschaftlichste Angebot ist jenes mit dem niedrigsten Angebotspreis, wie es sich aus den Eintragungen in den Preisblättern ergibt. Dabei werden für die Wertung die prognostizierten Mengenangaben berücksichtigt, die in den Preisblättern vordruckt sind. Die Preise werden brutto gewertet. Zu Wertungszwecken wird der Zeitraum von einem Kalenderjahr betrachtet.

Der AN hat in seinem Angebot eine eigens zu wählende Übernahmestelle bzw. Umladestation im Preisblatt (Anlage 1) verbindlich zu benennen. Für die durch den AN bereitzustellende Übernahmestelle bzw. Umladestation muss ein Standort gewählt bzw. zur Verfügung gestellt werden, der sich in einer maximalen Entfernung von 25 km von der Deponie Flechtdorf, Am Steinsberg 1, 34519 Diemelsee, gemessen auf der kürzesten, für schwere LKW zugelassenen Wegstrecke, befindet.

Weiter entfernt gelegene Übernahmestellen bzw. Umladestationen dürfen vom AN für die Erbringung seiner Leistung nicht benannt und eingesetzt werden. Gibt der AN dennoch eine weiter entfernte Übernahmestelle bzw. Umladestation an, führt dies zum Ausschluss seines Angebots. Die Entfernungsbemessung erfolgt mittels <https://www.multiroute.de/> mit der Einstellung „LKW 12t“.

Der Zuschlag für das **Los 3** wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Unter mehreren gleich wirtschaftlichen Angeboten (identischer Angebotswertungspreis) entscheidet ein Losverfahren.

Das wirtschaftlichste Angebot ist jenes mit dem niedrigsten Angebotspreis, wie es sich aus den Eintragungen in den Preisblättern ergibt. Dabei werden für die Wertung die prognostizierten Mengenangaben berücksichtigt, die in den Preisblättern vgedruckt sind. Die Preise werden brutto gewertet. Zu Wertungszwecken wird der Zeitraum von einem Kalenderjahr betrachtet.

3.3 Eignung

3.3.1 Angaben zur Eignung

Zusammen mit dem Angebot hat der Bieter Eigenerklärungen vorzulegen, hierzu kann er die als Anlage 1 zu Block A enthaltenen Formulare ausgefüllt einreichen.

Die dort zu tätigen Angaben dienen als vorläufiger Nachweis der Eignung des Bieters und ersetzen Bescheinigungen von Behörden oder Dritten. Die in den Formularen geforderten Nachweise sind daher nicht zwingend bereits zusammen mit dem Angebot einzureichen.

Vor der Zuschlagserteilung fordert der AG den Bieter, an den er den Auftrag vergeben will, auf, die geforderten Unterlagen beizubringen, sofern der Bieter die Unterlagen nicht bereits vorgelegt hat oder der AG bereits im Besitz dieser Unterlagen ist.

Die Frist zur Beibringung bzw. Erklärung beträgt 7 Kalendertage ab Absendung der Aufforderung. Der Tag der Absendung wird bei der Fristermittlung nicht berücksichtigt.

3.3.2 Eignungsleihe

Ein Bieter kann im Hinblick auf erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Näheres entnehmen Sie bitte § 47 Abs. 1 bis 3 VgV.

Im Falle der Eignungsleihe hat der Bieter möglichst das als Anlage zu Block A beigefügte Muster zu verwenden und mit dem Angebot einzureichen.

Die Zustimmung des AG zum Einsatz von Unterauftragnehmern, die nicht im Rahmen der Eignungsleihe benannt werden müssen, bestimmt sich nach den Regelungen in Block B.

3.3.3 Bietergemeinschaft

Bietergemeinschaften werden wie Einzelbieter behandelt.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft ist diese zunächst grundsätzlich im Angebotseinreichungsformular zu erklären.

Zusätzlich hat die Bietergemeinschaft auf Anforderung durch den AG folgende weitergehende Erklärungen abzugeben (möglichst nach dem Muster Block A – Anlage 1.2),

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.



3.3.4 Unterlagen und Nachweise, die auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vom Zuschlagsprätendenten vorgelegt werden müssen (Nachreichung)

- Aktueller Handelsregister- oder Firmenregistrauszug in Kopie, für Bieter außerhalb Deutschlands ersatzweise die Nachweise gem. § 44 Abs. 1 VgV (nicht älter als 6 Monate¹) – sofern dieser nicht über eine kostenfreie Datenbank von der Vergabestelle abrufbar ist.
- Sofern Sie keine Angaben zur elektronischen Abrufbarkeit gemacht haben, folgende Unterlagen:
Bilanzen oder Bilanzauszüge der jüngsten drei Geschäftsjahre, für die eine testierte Bilanz zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vorliegt.
Liegt für das jüngste abgelaufene Geschäftsjahr noch keine testierte Bilanz vor, so ist für dieses jüngste abgelaufene Geschäftsjahr anstatt der testierten Bilanz eine vorläufige Bilanz einzureichen. Liegt auch eine vorläufige Bilanz für das jüngste abgelaufene Geschäftsjahr nicht vor, ist für dieses abgelaufene Geschäftsjahr eine betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) vorzulegen.
Ist der Bieter nach dem Gesellschaftsrecht des Staates, in dem er ansässig ist, nicht zur Veröffentlichung verpflichtet und legt daher die entsprechenden Unterlagen nicht vor, hat er die Gründe anzugeben, warum er zu einer Veröffentlichung nicht verpflichtet ist.
Anstatt der Bilanzen kann der Bieter ein externes oder bankinternes Rating (nicht älter als ein Jahr) vorlegen.
- Vorlage der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 56 KrWG in Bezug auf die ausgeschriebene Abfallart oder eines gleichwertigen Nachweises oder eines branchenbezogenen QM-Zertifizierungsnachweises nach DIN EN ISO 9001 einer akkreditierten Stelle oder vergleichbar oder eines gleichwertigen Nachweises.

Sollte die Nachreichung unvollständig sein, behält sich der AG vor, die fehlenden Unterlagen nachzufordern. Ziffer 3.1 gilt entsprechend.

¹ Maßgeblich ist insoweit und im Folgenden jeweils der Tag der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt.